**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 66 (1987)
**Heft:** 4

**Artikel:** Aufnahme grüner Postulate durch Bewegungen und Parteien : wer ist und wer bleibt grün?

**Autor:** Knoepfel, Peter

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-340473

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Wer ist und wer bleibt grün?

*Von Peter Knoepfel*

*Im Vorfeld der Nationalratswahlen im Herbst dieses Jahres «grünte» es bereits im eisstarren Januar kräftig in der schweizerischen Parteienlandschaft. Umweltschutz soll nach Meinung der Wahlauguren in den diesjährigen Wahlen zum entscheidenden Thema werden. Meldungen, nach denen umweltpolitische Themen nach wie vor an der Spitze der Besorgnisse der schweizerischen Bevölkerung um die Zukunft liegen, bestätigen diesen Trend. Auf derselben Linie liegt die allseitige «ökologische Aufrüstung» der Parteien im Wahlkampf.*

Vor diesem Hintergrund müsste es eigentlich bereits im Vorfeld der Wahlen zu zahlreichen, ökologischen Durchbrüchen gekommen sein. Spätestens seit Tschernobyl, Schweizerhalle oder seit der (darob leider in den Hintergrund getretenen) Alarmmeldungen des Ende des letzten Jahres veröffentlichten Sanasilva-Berichts müsste diese ökologische Grosswetterlage auch auf die konkrete Entscheidungs- und Handlungsebene durchgeschlagen haben. Liest man die zahlreichen Parteiprogramme, Regierungserklärungen und Verbandsäusserungen zu diesen Themen, so muss man in der Tat zur Überzeugung gelangen, dass es spätestens seit Beginn dieses Jahres zu einer dramatischen Ökologisierung sämtlicher umweltrelevanten Politiken auch im Detail kommen musste. Diese eindrucksvolle Heerschau umweltpolitischer Programmatik lässt namentlich erwarten, dass die Regierungsparteien mit ihrer damaligen Forderung in Sachen Waldsterben (Sondersession 1985) nunmehr Ernst machen und in ihren Rängen auch dafür sorgen, dass auf der Ebene des Vollzugs nachgezogen wird.

Aber dem ist kaum so: Man setzt sich als Wissenschafter nicht dem Vorwurf der Einseitigkeit aus, und man ist als Parteimitglied kein Nestbeschmutzer, wenn man trotz all der hehren Beteuerungen laut ausspricht, was viele Parteistrategen und -politiker vermutlich bei der Niederschrift ihrer ökologischen Credos leise denken: Auch die ökologische Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wurde und – namentlich im Hinblick auf die Nationalratswahlen – sicherlich noch gekocht werden wird.

Diskrepanzen zwischen programmatischen Ansprüchen und tatsächlichem Entscheidungsverhalten sind namentlich bei Regierungsparteien nichts Neues; sie gehören im schweizerischen System von Kompromiss und Konkordanz zum politischen Alltag. Trotzdem fallen derartige Diskrepanzen im Falle der Umweltpolitik aus dem Rahmen, weil

- die Zielsetzungen, in vielen Fällen bereits erstaunlich konkret formuliert (Luftbelastung 1960), von allen Regierungsparteien geteilt werden, weshalb wir uns nicht in einer Situation klassenspezifisch bzw. ideologisch fixierter Gegensätze zu befinden scheinen;
- die Parteien auf eine vermutlich sehr breite Unterstützung seitens der Bevölkerung zählen können, die sich etwa auf Gemeindeebene bereits in zahlreichen Volksentscheidungen zugunsten ökologischer Initiativen geäussert hat (Beispiele: Auszonungsentscheidungen, Schutzzonen, Kernstadtplanungen, Grossbauprojekte); und
- den Regierungsparteien infolge ihrer engen Verflechtung mit der Verwaltung, aber auch dank zahlreicher personeller Verbindungen zu Umweltschutzorganisationen, Naturschutzvereinigungen usw. heute an sich jedenfalls mehr Sachwissen zur Verfügung stünde als noch vor zehn bis fünfzehn Jahren.

Die folgenden Ausführungen versuchen diese Diskrepanz etwas genauer auszuleuchten. Zu diesem Zweck soll zunächst gefragt werden, was denn eigentlich das «Grüne» im «Grünen» ist. Entsprechend der Themenstellung folgen anschliessend einige Überlegungen zur Generierung und Verbreitung «grüner» Postulate durch Bewegungen aller Art, und schliesslich werden einige Thesen zur Aufnahme solcher Postulate durch die vier Regierungsparteien (FDP, CVP, SVP und SPS) folgen.

Der Text basiert im wesentlichen auf Beiträgen, die im letztjährigen Schweizerischen Jahrbuch für Politische Wissenschaften zum Thema «Politische Parteien und neue Bewegungen» erschienen sind. Herangezogen werden dabei namentlich die recht provokativen Überlegungen von H.P. Gschwend zum Thema «Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt» und der Beitrag von H.P. Kriesi zum Thema «Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegung».

Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen ist der von Wolf Linder im Editorial trefflich resümierte Befund, dass sich in der Politik neue Gruppen und Bewegungen formiert haben (Frauen, Jugendliche, Grüne, Quartier- und Friedensbewegung), die behaupteten, «gerade jene Probleme aufzugreifen, welche die Parteien und die Kanäle der institutionellen Politik verdrängen oder ausfiltern». (Ebenda, S. 9). Solche Bewegungen durchkreuzen nach Linder nicht nur Agenda und Terminkalender von Regierung und Parlament, «sondern (sie) grenzen sich teilweise scharf gegenüber den traditionellen Parteien ab. Nicht die klassischen Verteilungsprobleme, sondern ideelle Forderungen im Zeichen eines gesellschaftlichen Wertwandels stehen im Mittelpunkt ihres Interesses. Neue Themen, andere Themen werden zum Gegenstand politischer Mobilisierung...» (Ebenda, S. 9).

## *1. «Grün» und «grün» ist nicht dasselbe*

Jüngste Untersuchungen zum Thema Umweltbewegung und Parteien (etwa: Kriesi 1984, Gruner 1984, Brand 1982 usw.) bestätigen, was auch die heute 50- bis 60jährigen Pioniere des Umweltschutzes bei einem Rückblick auf ihre eigene Biographie feststellen werden: War früher «Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz» noch ein recht eindeutiger Begriff, so gibt es heute vermutlich zwei grundlegend unterschiedliche Ansätze für «grüne» Politikinhalte, die möglicherweise in der Gegenüberstellung der beiden Begriffe «Umweltschutz» und «ökologische Politik» recht anschaulich zum Ausdruck kommen:

### *1.1 Umweltpolitik als Schutzpolitik*

Nach dieser Konzeption gilt Umwelt als vergleichsweise isolierbares Naturereignis, dem sich der Mensch gegenübersieht und das «an sich» zu schützen ist. Naturreservate, «schützenswerte Objekte» und «besondere Naturschönheiten» sollen nach dieser Konzeption einem «besonderen Schutz» unterstellt werden. Die durchaus beachtlichen Motive dafür mögen von religiöser Demut über eine Besorgnis über den Zerfall natürlicher Vielfalten auch im Interesse späterer Generationen bis hin zu einer Verurteilung des «Raubbaues» des Menschen an der Natur reichen. Diese Umwelt gilt es zu schützen. Dies lässt sich, nach dieser Auffassung, realisieren, ohne die Funktionsweise anderer Politiken ernsthaft in Frage zu stellen oder gar traditionelle Werthaltungen und Lebensauffassungen einer grundlegenden Kritik zu unterziehen.

Für diesen Schutzpolitik-Ansatz ist Umweltschutz technisch machbar; Wirtschaft, technischer Fortschritt und namentlich neue Technologien werden dazu das Ihre beitragen. Grundlegende soziale Veränderungen sind nicht erforderlich. Bei einer vernünftigen Interessenabwägung lassen sich konkurrierende Nutzungsansprüche an die natürlichen Ressourcen, Landschaft, Boden und Luft lösen. Überspitzt formuliert kann man diesen Ansatz als die Politik der «grünen Flecken», der grünen «Reservate», der grünen Technik bezeichnen, die gewissermassen in eine ansonsten grundsätzlich nicht in Frage gestellte Produktions-, Konsum- und Wertlandschaft hineingestellt wird.

### *1.2 Ökologische Politik*

Wesentlich fundamentalistischer ist das andere «Grün». Dieses deckt sich zwar in den konkreten Postulaten nicht selten mit dem ersten; es fasst indessen Umwelt nicht als Gegenüber von Gesellschaft, sondern als deren integrierenden Bestandteil auf. Die schleichende Umweltzerstörung ist für diesen Ansatz *ein* Indikator unter mehreren für den inneren Zerfall materialistisch-moderner Gesellschaftssysteme. Diese Umweltbewegung kann als Teil jener grösseren Bewegung aufgefasst werden, die man gemeinhin als «neue soziale Bewegung» bezeichnet. Kennzeichnend für diese Bewegung ist «die Entstehung einer neuen Konfliktlinie an den «Nahtstellen von System und Lebenswelt» (Habermas, 1981). Kriesi spricht zu Recht von einem neuen Anti-Modernismus, der diese Bewegung charakterisiert. Dabei handle es sich «um einen Widerstand gegen die Moderne..., der vom Standpunkt der Moderne aus argumentiert. Die emanzipatorischen Ziele des Projekts der Moderne werden von diesem Anti-Modernismus akzeptiert, nicht aber die traditionellen Mittel der Modernisierung - Technokratie, Bürokratie, Grosstechnologie, wirtschaftliches Wachstum und wie sie alle heissen mögen; sie werden abgelehnt, und zwar gerade im Namen der modernen Ziele» (Kriesi, 1986, S. 339).

Es ist äusserst schwierig, ökologische Politik dieser alternativen Provenienz im Rahmen der neuen sozialen Bewegung mit positiven Umschreibungen zu charakterisieren. Es werden ihr etwa folgende Merkmale attestiert: «Basisdemokratische Innenstrukturen (Raschke, S. 29); starke Präsenz auf der kommunalen Ebene (ebenda, S. 29); Bestreben nach «bedürfnisge-

rechtere(r) Politik» (Lederer/Knoepfel, 1982, S. 73); Abkehr von der Definition von Politik als Inbegriff jener Bereiche, die «gegenwärtig staatlich-bürokratischer Regulierung zugänglich» sind (ebenda, S. 76).
Hervorgehoben werden ferner der Wunsch nach einer angemesseneren Berücksichtigung «lebensräumlicher Totalität anstatt deren Zerhackung nach Massgabe rechtsstaatlich-administrativer Rationalität» (ebenda, S. 76), oder die Präferenz für konkrete und Skepsis gegenüber abstrakten Programmen usw. (ebenda, S. 80); eine klare Sympathie für die Genossenschafts- und Selbsthilfebewegung (Netzwerke) aber auch eine eindeutige «Tendenz zur bewussten Verweigerung gegenüber dem Argument globaler Zusammenhänge bzw. hochdifferenzierter interdependenter gesellschaftlicher Systeme» (ebenda, S. 84). In diesem Zusammenhang wurde bereits von der «Gefahr des Totalitarismus der Totalität» grüner Politik gesprochen (ebenda, S. 85).
Als weitere Charakteristika werden für diese Bewegung angeführt: die Neigung zu «unkonventionellen, direkten Formen der politischen Beteiligung» (Kaase, 182), «arbeitsjenseitige(n) Lebensorientierung» (Guggenberger, 192). «Postmaterialistische» Orientierung (Inglehart, 1977), «qualitative Bedürfnisse und Aspirationen einer vom individualistischen Glücksethos geprägten postmaterialistischen Solidargesellschaft» (Guggenberger, 193). Guggenberger spricht in diesem Zusammenhang von einer «Ablösung des Ethos der Leistung, der Konkurrenz und des Wachstums durch ein Ethos des sozialen Wohlbefindens, der immateriellen Lebensqualität, der humanen Zuträglichkeit und der Verantwortung auch für die kommende Generation» (ebenda, S. 193f.). Er betont den Protest gegen die «Unterordnung der humanen Lebenswelt unter die technische Leistungwelt (ebenda, 196) und spricht von einem «habitualisierte(n) Misstrauen gegenüber der Sachzwangberufung» von «tiefempfundene(r) Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Planung und Politikanleitung» sowie von einer «Abwehr von zu vielen und zu schnellen sozialen Wandlungsprozessen» (ebenda, 196).
Die neue Bewegung postuliert nach den Worten des Bürgerinitiativen-Kenners Guggenberger, dass der einfache Bürger auf der «politischen Bühne als handelndes Subjekt wieder präsent wird». «Er ist nicht mehr nur «Rohmaterial» rationaler Verwaltungsstrategien, einzig dazu bestimmt, «von den Institutionen konsumiert zu werden» (Arnold Gehlen) (ebenda, 197). «Teilhaben wird auf neue Weise als ‹Wert an sich›, als ein Modus der Persönlichkeitssteigerung und -bereicherung verstanden. Politik ist nicht länger nur Sache für und von Experten. Die Rückgewinnung der politischen Dimension des Einzelnen, die Renaissance des Bürgers, der wieder in den Kategorien eines qualitativen Gemeinwohlbegriffs zu denken und zu argumentieren vermag, finden ihre Entsprechung in der Rückgewinnung einer humanen Dimension und in der Renaissance des konkreten, sinnlichen Menschen, der seine Bedürfnisse und Aspirationen in einer einfacher strukturierten, von ihm begriffenen und ‹durchschauten› Umwelt artikulieren möchte.» (ebenda, S. 197).
In den Programmen solcher Gruppen würden Bedürfnisse, Befürchtungen und Überzeugungen angesprochen, die «durch Aussicht auf materiellen Zugewinn, vermehrten Konsum, Einkommenssteigerung, Karriere, Macht und Status nicht beschwichtigt werden können» (ebenda, 203).

Diese fundamentalistische, anti-moderne Position ökologischer Politik findet ihren Ausdruck in verschiedenen Bereichen. Anzuführen sind dabei namentlich die Friedens-, Frauen-, Dritte-Welt- oder in der Energiepolitik. Vermutlich hat diese neue Werthaltung ihre bisher konkreteste Ausformung auch in der Schweiz in der Umweltpolitik erfahren. Im Rahmen der Univox-Umfragen 1986 wurden im September 961 Personen einer repräsentativen Stichprobe zum Thema Umwelt befragt. Es wurde dabei auch versucht, solche grundlegende Werteinstellungen der schweizerischen Bevölkerung zu ermitteln. Wie die folgende Tabelle zeigt, «neigt die Hälfte der Schweizer Werthaltungen zu, die man gemeinhin als ökologisch bezeichnet und die eine kritische Distanz gegenüber moderner Industriegesellschaft und Technik zum Ausdruck bringen. Fast zwei Drittel (66%) der Befragten neigen (mehr oder weniger entschieden) der Meinung zu, dass die moderne Industriegesellschaft die Natur missbrauche, während nur gerade 14 Prozent der Meinung zuneigen, die heutigen Umweltbelastungen seien kalkulierbar und vertretbar. Auch die stärker ans Lebendige gehende Frage, ob zunehmende Rohstoffknappheit Einschränkungen im Lebensstandard notwendig mache, wurde von insgesamt immer noch 50% der Befragten eher bejaht. 26% sind eher gegenteiliger Meinung, davon 9% gar dezidiert. Nur ein gutes Viertel glaubt, dass Umweltprobleme im wesentlichen durch neue Techniken und Erfindungen gelöst werden können. Gut die Hälfte (51%) hält gesellschaftliche Änderungen für wichtiger» (Knoepfel/Linder, 1987).

Zustimmung

| 1. Meinung | voll | teils/ teils | voll | 2. Meinung |
|---|---|---|---|---|
| Die moderne Industriegesellschaft missbraucht die Natur in gefährlicher Weise | % 37 | 15 14 13 | 6 5 3 % | Die heutigen Umweltbelastungen sind ein kalkulierbarer und vertretbarer Preis unserer Industriegesellschaft |
| Wichtige Rohstoffe werden in absehbarer Zeit knapp werden und gewisse Einschränkungen unseres Lebensstandards bedingen | % 18 | 16 16 16 | 8 8 9 % | Wirtschaft und technischer Fortschritt werden das Problem begrenzter Rohstoffe so lösen können, dass keine Einschränkungen zu befürchten sind. |
| Grundsätzliche Aenderungen in unserer Gesellschaft sind wichtiger für die Lösung der Umweltprobleme als neue Techniken und Erfindungen | % 24 | 15 12 14 | 8 9 10 % | Umweltprobleme können im wesentlichen durch neue Techniken und Erfindungen gelöst werden |
| Die Risiken der Kernenergie sind nicht tragbar | % 37 | 15 9 10 | 7 7 11 % | Die Risiken der Kernenergie sind tragbar |

Quelle: Knoepfel, Linder: Kommentar zur Univox-Umfrage 1986, S. 4

Solche postmaterialistischen Werte finden sich deutlich häufiger bei Frauen, bei der Stadtbevölkerung und bei den Jüngeren (20–39jährige). FDP-Wähler haben ein vergleichsweise hohes Vertrauen in die Lösungsmöglichkeiten der Technik; für SPS-Sympathisanten trifft das Gegenteil zu. Deutschschweizer zeichnen sich durch ausgeprägtere postmaterialistische Grundhaltungen aus als Romands. Beachtlich ist schliesslich, dass die Gruppe der regelmässigen Urnengänger grundsätzlich Änderungen für weniger wichtig hält als die Gesamtheit der Befragten (5 Prozentpunkte). Damit scheint bereits angedeutet, dass fundamentalistisch-grüne Positionen bei denjenigen schwächer vertreten sind, die sich aktiver an staatlicher Politik beteiligen (Ausnahme: SPS-Wähler; anderer Meinung: Kriesi, S. 345).

### *2. Traditionelle Umweltbewegungen auf dem Weg vom technischen Umweltschutz in Richtung ökologische Politik nach dem Vorbild der neuen sozialen Bewegung?*

Wer etwa die Politik des WWF oder des Schweizerischen Bundes für Naturschutz betrachtet, oder wer die etwas mehr als 15-jährige Geschichte der 1971 gegründeten Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz Revue passieren lässt, der wird einen erstaunlichen Wandlungsprozess in der grundsätzlichen Orientierung dieser Organisationen feststellen. Zutreffenderweise wird das Jahr 1971 als «Höhepunkt des Engagements für einen umfassenden Umweltschutz» gekennzeichnet (Gschwend, S. 243). Damals veröffentlichte der WWF Schweiz sein berühmtes 44-Punkte-Programm zum Umweltschutz, Volk und Stände hiessen den Umweltschutzartikel mit einer seltenen Einmütigkeit (über 95% Ja-Stimmen) gut, und das Parlament verabschiedete in diesem Jahr auch das verschärfte Gewässerschutzgesetz.

Man kann aber auch sagen, dass dieses Jahr vermutlich den Höhepunkt der Konzeption von Umweltpolitik als Schutzpolitik im Sinne des technischen Umweltschutzes markierte: Die Lektüre von Dokumenten aus jener Zeit zeigt dafür eine deutliche Präferenz von Parteien, Verbänden und Verwaltung. Diese Präferenz findet m.E. ihren bezeichnendsten Niederschlag in der von niemandem grundsätzlich in Frage gestellten Praxis der auf Abwasserreinigung verkürzten Gewässerschutzpolitik. Biotopenschutz, Schutz von Naturreservaten, technische Massnahmen zur Luftreinhaltung usw. dominieren; Skepsis gegenüber der technischen Machbarkeit einer solchen «modernen» Umweltpolitik findet sich allenfalls zwischen den Zeilen.

Die Umweltschutzorganisationen zeigen heute ein deutlich verändertes Antlitz. In den Leitungsgremien dieser Organisationen finden sich zahlreiche Vertreter der 68er Generation, die ihre gesellschaftskritischen Positionen nicht einfach über Bord geworfen haben, sondern diese durchaus in ihre neue Tätigkeit einbringen. Technikkritik nimmt in Programmatik und Praxis einen deutlich höheren Stellenwert ein, und die vorgetragenen Postulate haben an Radikalität gewonnen. Das liegt sicherlich nicht nur daran, dass sich die Umweltsituation (möglicherweise auch nur aufgrund verfeinerter Beobachtungsmöglichkeiten) subjektiv und objektiv verändert hat. Auch der bedauerliche Umstand, dass die Medien ob all der Flut von umweltpolitischen Meldungen zunehmend nur noch jene aufzunehmen bereit sind, die genügend spektakulär sind, reicht als Erklärung für diese Umorientierung kaum aus. Diese letztere liegt vielmehr auch darin begründet, dass sich die Mitgliedschaft dieser Organisationen deutlich verjüngt hat, ein Wertwandel in Richtung postmaterialistischer Werte eingetreten ist und sich dieser Wertwandel offenbar zunehmend unzureichender in der Politik der anderen gesellschaftlichen Organisationen (namentlich der Parteien) niederschlägt. Unüberhörbar ist die kritische bis ablehnende Haltung dieser Organisationen gegenüber den Zentralen der Regierungsparteien, die nach der Konzeption des Parteienstaates eigentlich dazu berufen wären, als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Staat zu funktionieren. Anstatt das Gespräch mit diesen letzteren zu suchen, zieht man es vor, selbst über Volksinitiativen und Referenda tätig zu werden, direkt in Kontakt mit umweltpolitisch engagierten Bundesämtern zu treten, sich mit Lokalbehörden oder Bundesämtern vor Gerichten zu schlagen oder in direkten Kontakt mit Bürger- und Quartiervereinigungen zu treten.

Interessanterweise wird als eine wichtige Erfolgsbedingung für lokale Umweltschutzvorstösse immer wieder ihr überparteilicher bzw. ausserparteilicher Charakter genannt. Eine «Verparteipolitisierung» sei der Sache abträglich, weil Ökologie nicht in das Schema rechts/links passe usw. Diese Auffassung ist nicht nur bei den Umweltorganisationen, sondern zunehmend auch in den Fachverwaltungen stark verbreitet.

### *3. Aufnahme grüner Postulate durch die Regierungsparteien*

Eine etwas eingehendere Beschäftigung mit Programmen und Verhalten der vier grossen

Regierungsparteien SPS, FDP, CVP und SVP im Parlament, in den Kommissionen, in Vernehmlassungsverfahren und in Abstimmungskämpfen auf der Ebene des Bundes führt m.E. eindeutig zur Feststellung, dass man hier zwar kräftig in «Umtaufen» (Gschwend, 1986, S. 250) alter Inhalte bzw. in neuer Rhetorik macht; indessen signalisiert das neue, grüneingefärbte Etikett bei allen vier Parteien kaum einen inneren Paradigmenwechsel. Vorherrschend ist ein auf Schutzpolitik im alten Sinne beschränktes und in keiner Weise aus diesem Ghetto hinauswirkendes Konzept von Umweltpolitik, das man auf die altbestandenen ideologischen Versatzstücke der Links/Rechtsoptik schlecht und recht aufgepfropft hat.
So führt etwa die SVP an, sie sei schon immer grün gewesen, «indem sie sich besonders für die Land- und Forstwirtschaft eingesetzt habe» (Zitat bei Gschwend, 1986, S. 250). Die CVP gibt unumwunden zu, dass «grün» ein neues Verkaufsargument zur Erschliessung einer «politischen Marktlücke» sei, die bei den Parteien «nur eine Erweiterung des Zielbündels» bewirkt hätte (H.P. Fagnani, zitiert ebenda, S. 251). Die FDP gibt ebenfalls zu verstehen, dass man hier auf einen fahrenden Zug aufgesprungen sei und man sich schliesslich der Umgebung anzupassen habe und deren Postulate übernehmen müsse (Zitat ebenda, S. 251). Gschwend, ein Kenner der schweizerischen politischen Parteien, meint, dass dies auch für die «am stärksten grün eingefärbte grosse Partei, die sozialdemokratische (SP)» Partei gelte (ebenda, S. 251). «Grüne Politik à la Suisse beschränkt sich weitgehend auf Parolen» (ebenda, S. 254).
Dies lässt sich u.a. daran zeigen, wenn man das von den vier Regierungsparteien im November 1984 beschlossene 10-Punkte-Programm zur Bekämpfung der Luftverschmutzung etwas genauer analysiert. Jenes Konsenspapier, von Hablützel vermutlich sogar zu Recht als «Durchbruch aus der Blockierung» bezeichnet (Hablützel, 1986, S. 286) und – aus der Sicht der Luftreinhaltepolitik wohl zu Unrecht – als wichtiger Markstein in der Entwicklung eines wiedererstarkten Einflusses der Regierungsparteien gefeiert (politische Wirkung: Vorstrukturierung der Anfang 1985 einberufenen Sondersession zum Thema Waldsterben) hat sich bereits ein Jahr später als unbrauchbare Grundlage für eine konzertierte Luftreinhaltepolitik erwiesen. Selbst das heute mit Blick auf die Nationalratswahlen von manchem Politiker kritisierte Luftreinhaltekonzept des Bundesrates vom 16. September 1986 geht darüber weit hinaus. Dieser Sachverhalt muss denjenigen erstaunen, der das oben umschriebene Vordringen postmaterialistischer Werthaltungen in der schweizerischen Bevölkerung, die zunehmenden Sympathien, die umorientierten Umweltschutzorganisationen zukommen, aber auch den relativen Erfolg kleinerer Parteien zur Kenntnis nimmt, die sich einer solchen grünen Politik verschrieben haben, wie dies namentlich die DA, die Freie Liste, die Grünen Alternativen der Schweiz, die POCH und – mit Einschränkungen – der LdU gegenwärtig tun.
Der ökologische Immobilismus der Regierungsparteien muss aber auch demjenigen zu denken geben, der die Verwaltungspolitik solcher Bundesämter und Anstalten betrachtet, die im Innenjargon als sog. «grüne» Ämter bezeichnet werden. Denn die Strategie dieser Ämter hat sich in den späten siebziger Jahren deutlich verändert. Skepsis gegenüber der Durchsetzungsfähigkeit isolierter Umweltschutzpolitiken in einem ansonsten nicht veränderten politischen und gesellschaftlichen Umfeld ist hier allemal stark verbreitet, postmaterialistische Werte scheinen zu dominieren, und es wurden inzwischen zahlreiche Initiativen entwickelt, die darauf abzielen, Umweltpolitik im Sinne einer Ökologisierung von Politik schlechthin in andere Politiken hineinzutragen. Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, dass die entscheidenden Instanzen der Bundesverwaltung heute den Konzepten einer umfassenden ökologischen Politik weit näher stehen als sämtliche Regierungsparteien.

Schliesslich muss die Politik der Regierungsparteien auch denjenigen erstaunen, der den fortgeschrittenen Stand der Umweltforschung kennt. Namentlich die angewandte ökologische Forschung in der Landwirtschaft (Knoepfel, Zimmermann, 1987), aber auch Forschungen zur Raumplanung, zur Energie-oder Tourismuswirtschaft haben eindeutig aufgezeigt, dass die Umweltproblematik heute nur durch vernetzende Betrachtungsweisen und gerade nicht über isolierte Umweltschutzpolitiken angegangen werden kann. Das ökologische Problem präsentiert sich heute als ein vielschichtig interdependentes, ebenso global wie lokal nur über eine Vielzahl ursachenbezogener Massnahmen aus dem Wirkungsbereich einer Vielzahl von Politiken anzugehendes Universalproblem; ein gesonderter Abschnitt im Parteiprogramm zum Thema «Umweltschutz» wirkt vor diesem Hintergrund geradezu als «Excuse».
Woran liegt diese relative Rückständigkeit der Regierungsparteien gegenüber Verwaltung, Wissenschaft und sozialer Bewegung?

Man würde sich die Sache wohl zu einfach machen, wollte man als Gründe hiefür einmal mehr die generellen Systemzwänge anführen, unter denen die schweizerischen Regierungsparteien zu politisieren haben (Konkordanz, Zauberformel und Kompromiss, Föderalismus, Verbandseinflüsse, Wahlsystem, Kleinheit des Landes mit einer Vielzahl konkurrierender Nutzungsansprüche, Milizsystem, Fehlen einer staatlichen Parteienfinanzierung usw.). Diese Bedingungen wirken sich – wie anderweitig auch – beschränkend auf den Handlungsspielraum der Regierungsparteien insgesamt aus; sie lassen aber mit Sicherheit grössere ökologische Handlungsspielräume für die Parteien offen. Das Vierparteiengespann ist durchaus in der Lage, relativ flexibel auf akute Krisen zu reagieren und auch drastische Massnahmen zu ergreifen. Vergessen wir nicht, dass die Regierungsparteien zwar sehr staatsnah agieren; deswegen besteht jedoch bei keiner Partei ein Zwang, die Parteiprogramme als Regierungsprogramme auszugestalten und in Sachen Utopien zu entrümpeln.

Vermutlich ist ein wichtiger Grund für diesen Immobilismus im relativ schwachen Stellenwert ökologisch engagierter Gruppierungen innerhalb aller vier Parteien zu sehen. Dieser äussert sich u.a. in einem m.E. bemerkenswert hohen Grad ökologischer Unkenntnis der Parteispitzen, die damit beweisen, dass sie von ihren jeweiligen Fachkommissionen nicht eben viel halten und zu lernen gewillt sind. Aber bereits der Umstand, dass parteiintern Ökologie nur in einer speziellen Fachkommission und damit gewissermassen «unter sich» tagt, und bereits dadurch über einen sehr beschränkten Einfluss auf die übrige Parteipolitik auszuüben vermag, zeigt, wie stark man hier noch dem ghettoisierten Umweltschutz der «grünen Flecken» verpflichtet ist.

In der Ideologie aller vier Parteien gilt Ökologie denn auch als limitierender Faktor; konstitutives Element für die Konzipierung gemeinsamer Grundlagen für sämtliche Politiken ist sie nicht. Diese letzteren werden nach der alten Logik einer auf klassischen Verteilungskämpfe abgestellten Links/Rechts-Polarisierung konzipiert und implementiert. Umweltschutz ist darin ein schwer plazierbarer Fremdkörper, der sich zwar gegen aussen gut verkauft, der gegen innen indessen kaum eine durchschlagende Ausstrahlungskraft entwickelt.

Schon alt ist die Erkenntnis, dass Parteisysteme im allgemeinen nur sehr träge auf gesellschaftlichen Wandel reagieren (Kriesi, 1986, in Anschluss an Lipset und Rokkan, S. 334). Diese ausgesprochene Stabilität ist mit Kriesi und Mair u.a. darauf zurückzuführen, «dass sich die etablierten Parteien an gesellschaftlichen Wandel anzupassen und dessen politische Konsequenzen zum Teil zu kontrollieren verstehen» (Kriesi, 1986, S. 334). Im Vokabular ist diese Anpassung mittlerweilen durch geschliffene Marketing-Formeln weitgehend erfolgt. Inhaltliche Konsequenzen sind daraus nur zu erwarten, wenn die symbolischen Signale angesichts dramatischer Entwicklungen in der Wirklichkeit eingelöst werden sollten.

Vermutlich stemmt sich auch das «eherne Gesetz der Oligarchie» gegen eine Ökologisierung der Regierungsparteien. Der bemerkenswert ausgeprägte Selbsterhaltungswille unserer Parteispitzen, abgestützt durch mancherlei trickreiche Wahlmechanik und -gepflogenheiten, müsste ernsthaft in Frage gestellt werden, wollte man die Parteien basisdemokratisch «gegen unten» öffnen und ökologische Dialoge zulassen, die die wohlgeordneten Traktandenlisten fast zwangsläufig sprengen müssten. So verzichtet man lieber auf – früher üblichere – Strategiedebatten, Programmrevisionen, ausführliche Wahlplattformen usw. und überlässt das Wahlmanagement den Werbebüros. Diese ihrerseits haben sich auf den Herbst mit genügend grüner Farbe eingedeckt.

## *4. Ausblick*

Folgende Argumente sprechen *dafür*, dass es auch nach den Nationalratswahlen 1987 bei den Regierungsparteien keine wesentlichen Veränderungen in Sachen grüne Politik geben wird: Die bisher bekanntgewordenen Wahlaussagen sind m.E. weitgehend der Rubrik «grüne Verkaufsrhetorik» zuzuordnen. Konkrete Aussagen zu den anstehenden Problemen der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes oder des Bodenschutzes finden sich darin kaum. Ökologische Betrachtungen der anderen Politiken fehlen weitgehend. Die da und dort (etwa im Zusammenhang mit der – hassgeliebten – Luftreinhalteverordnung) genannten und daher etwas konkreteren Zielangaben sind ausserdem nicht mit präzisen und nachkontrollierbaren Aussagen zu den zu wählenden Strategien und einzuschlagenden Massnahmen versehen. Oder die angeführten Massnahmen sind ihrerseits wiederum derart diffus umschrieben, dass daraus jeder das herauslesen kann, was ihm gefällt. Auch die für die wahlwirksame parlamentarische Debatte vom 12. bzw. 16. März dieses Jahres angekündigten Vorstösse sind kaum geeignet, klare umweltpolitische Profile der Regierungsparteien erkennen zu lassen. Sie bringen gegenüber dem bundesrätlichen Luftreinhaltekonzept nichts

Neues und belegen einmal mehr, dass man (vielleicht abgesehen von der SPS) die Angst vor dem Stimmbürger «Automobilist» höher veranschlagt als die Sorge um die sterbenden Wälder.

Die erwähnten Programme sind nicht nur Ausdruck innerparteilicher Differenzen, sondern sie zeugen in mancherlei Hinsicht auch von einem geradezu erstaunlich anmutenden Unwissen über die gegenwärtige Belastungssituation in unserem Lande bzw. über die Ursachen dieser Belastung. Insoweit erfüllen sie in keiner Weise eine aufklärerische Funktion gegenüber einer Bevölkerung, die beispielsweise auch heute noch nicht weiss (bzw. nicht wissen will), dass das Automobil gemeinhin als Hauptverursacher des Waldsterbens gilt. Anlässlich der Univox-Umfrage 1986 haben fast 50% der schweizerischen Bevölkerung die Industrieabgase als Hauptverursacher genannt. (Knoepfel/Linder, 1987, S. 2)

*Gegen* die These, wonach sich nach dem Herbst 1987 in den Regierungsparteien nichts ändern wird, dürften demgegenüber folgende Argumente sprechen: Zum einen dürften die ökologisch engagierten Flügel aller vier Regierungsparteien aus den Wahlen gestärkt hervorgehen und in ihren Fraktionen und – gestärkt durch ihr Nationalratsmandat – in der Partei ein grösseres Gewicht haben. Diese Personen werden nicht zuletzt aufgrund der ihnen im Wahlkampf seitens der Umweltorganisationen verliehenen Unterstützung für eine intensivere Zusammenarbeit mit diesen Organisationen einstehen und diesen Kontakt institutionell verbürgen. Einem ähnlichen Druck werden die Bundesparteien auch seitens der lokalen Politik ausgesetzt sein. Der Sprung ökologischer Themen von der lokalen auf die zentrale Ebene ist etwa in der Luftreinhaltepolitik oder in der Abfallpolitik vorprogrammiert. Diejenigen Parteien, die diesen Themensprung innerparteilich nicht nachvollziehen, dürften in kommenden kantonalen und kommunalen Wahlen zur Kasse gebeten werden.

Zu beachten ist schliesslich der zunehmende Ökologisierungsdruck, den Exekutivmitglieder auf ihre Parteien ausüben bzw. ausüben müssen. Diese eigenartige Umkehr des klassischen Modells von Innovationsverläufen haben wir in der jüngsten eidgenössischen Umweltpolitik mehrfach erlebt. Innovation geht nicht mehr von den Parteien über die Exekutiven auf die Verwaltungen über, sondern sie nimmt ihren Ursprung bei der Fachverwaltung (oft in Zusammenarbeit mit kommunalen und kantonalen Verwaltungen), wird dann auf die Departementsebene transportiert und vom Departementsvorsteher im Hinblick auf innerparteiliche Absicherung an die Partei weitergeleitet. Nicht selten erleben wir übrigens auch den direkten Schulterschluss zwischen Partei und Fachverwaltungen, der ihren Ausdruck u.a. im zunehmenden Einfluss von Mitgliedern der Bundes- oder der Kantonalverwaltungen auf die Bundesparteipolitik findet.

Diese Mitwirkung sachverständiger Vertreter kommunaler bzw. kantonaler Verwaltung an der Bundesparteipolitik dürfte übrigens auch eine wesentliche Voraussetzung für den erwähnten Themensprung von der lokalen auf die zentrale Ebene, aber auch für eine vollzugsbewusstere Politik der Bundesparteien sein. Denn es ist nicht zuletzt auch der Vollzugsblindheit der Regierungsparteien zuzuschreiben, dass diese bei der Konzeption ihrer alten Schutzpolitiken stehengeblieben sind und diese ausserdem mit abstrakten, ökologisch eingefärbten Worthülsen zu verkaufen versuchen. Ein direkteres Verhältnis zur Vollzugsfront müsste auch den leitenden Organen der Parteien die Notwendigkeit einer stärker integrierten ökologischen Politik einsichtig machen. Denn die einem technischen Umweltschutz verpflichteten Massnahmen erweisen sich gerade im Vollzug oft als hoffnungslos unfähig, sich gegenüber konkurrierenden Ansprüchen anderer (von der Partei ebenfalls mitzuvertretender) Politiken durchzusetzen. Der Kontakt zwischen Palais Fédéral bzw. zwischen den Berner Parteizentralen und Vollzugsgeschehen sollte nicht nur über das Fernsehen im Katastrophenfall, sondern mitunter vielleicht auch einmal über einen Blick hinter die Bildschirme verlaufen.

Je nach politischem Standort wird man die vorgetragenen Argumente für bzw. gegen die Wahrscheinlichkeit einer ökologischen Umorientierung der Regierungsparteien unterschiedlich gewichten. Für mich selbst spricht einiges dafür, dass sich in den Regierungsparteien gegen den fin de siècle ökologische Bewegungen einstellen werden. Die vorgetragenen Argumente sprechen nicht dafür, dass sich diese Ökologisierungsprozesse in den vier Regierungsparteien qualitativ wesentlich unterscheiden werden. Entgegen manchen Beobachtern bin ich der festen Überzeugung, dass eine solche Bewegung jedenfalls nicht dadurch ausgelöst wird, dass das Lager der Regierungsparteien in den nächsten Wahlen insgesamt Stimmen an die grünen Parteien verlieren wird, wie dies bereits bei der 83er Wahl der Fall war. Beleg dafür sind die Erfahrungen während der letzten Legislaturperiode, für die die von Gschwend verwendete Formel «Umtaufen» (Gschwend,

1986, S. 250) weit zutreffender ist, als jene von Finger/Rey, die (jedenfalls für die SPS) eine wirkungsvolle Integration der ökologischen Bewegung in das politische System der Schweiz zu sehen vermeinen (Finger/Rey, 1986, S. 20). Wählerverluste schützen nun einmal nicht vor Immobilismus.

Zum Schluss sei die Frage erlaubt, ob denn eine ökologische Blockierung der Regierungsparteien zwangsläufig auch zu einer ökologischen Blockierung der Regierungs- und Verwaltungspolitik führen muss. Man muss nicht Anhänger der These vom zunehmenden Bedeutungsverlust der politischen Parteien sein (etwa vorgetragen von Kriesi im Zusammenhang mit der neuen sozialen Bewegung, S. 339; bereits von Gruner 1977 im Zusammenhang mit den Verbänden oder – von einem ausländischen Beobachter – von Beyme 1982 im Zusammenhang mit der Referendumsdemokratie – so auch Gruner 1984, zitiert bei Kriesi, S. 338) – die dagegen vorgetragenen systemtheoretischen Überlegungen von Neidhart erscheinen durchaus plausibel (Neidhart, 1986, S. 44ff.) –, um die empirisch teilweise belegte (Landwirtschaft und Ökologie, Knoepfel, Zimmermann 1987) These zu vertreten, dass zum einen Regierungs- und Verwaltungspolitik im Ökologisierungsprozess einen ausgesprochen hohen Stellenwert einnehmen und sich solche Politiken zunehmend von parteipolitischen Optionen entfernen.

In Sachen Ökologisierung haben sich nämlich in der helvetischen Politik neue Interaktionsnetzwerke und Koalitionen gebildet, in denen Regierungsparteien als Ganze einen recht untergeordneten Stellenwert einzunehmen scheinen. Diese Netzwerke bestehen aus parteipolitisch nur teilweise oder gar nicht gebundenen Aktoren wie Wissenschaft, Umweltorganisationen, kantonalen Umweltschutzämtern und Bundesämtern, die an den Parteien vorbei ökologische Politik konzipieren und direkt vollziehen. Solche «glasperlenspielhaft» funktionierende Aktorarrangements, die sich teilweise gar zu kontinuierlich leistungsfähigen «Policy-Arenen» verdichtet haben, werden von den Exekutiven zunehmend nicht nur politisch abgedeckt, sondern sie werden rein parteipolitischen Arrangements vorgezogen.

Durch solche Arrangements lässt sich unter sinnvollem Einbezug von sachverständigen lokalen und kantonalen Parteivertretern (meist aus den öffentlichen Fachverwaltungen) und einem selektiven Beizug von Bundesparlamentariern durchaus an den offiziellen Parteizentralen vorbeipolitisieren. Vielleicht werden die Regierungsparteien eines Tages ein böses Erwachen haben, wenn sie feststellen müssen, dass ihnen als den nationalen Parteien auf diesem Wege der von ihnen beanspruchte Einfluss stückweise und unbemerkt entzogen worden sein wird. Spätestens dann wird man in den «Schaltzentren der Macht» darüber nachdenken müssen, wie man diese selbstverschuldete Entmündigung wieder rückgängig machen könnte. Ob das mit einer Politik des «Umtaufens» gelingt, möchte ich bezweifeln.

**Literatur**


Brand, K.W.: Neue soziale Bewegung. Entstehung, Funktionen und Perspektiven neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz, Opladen (Westdeutscher Verlag), 1982.

Finger, M., Rey, J.-N.: Le parti Socialiste Suisse face aux nouvelles valeurs et aux nouveaux enjeux politiques de la société industrialisée avancée, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26/1986, S. 257-272.

Gruner, E.: «Parteien», in: U. Klöti (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Schweiz, Band 2, Bern (Haupt), 1984.

Geschwend, H.: Die Umweltbewegung verändert die Parteilandschaft – oder umgekehrt, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26/1986, S. 243-256.

Guggenberger, B.: Bürgerinitiativen: Krisensymptom oder Ergänzung des Systems der Volksparteien? in: J. Raschke (Hrsg.): Bürger und Parteien, Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen (Westdeutscher Verlag), 1982, S. 190-203.

Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände, Frankfurt (Suhrkamp), 1981.

Hablützel, P.: Regierungsparteiengespräche im schweizerischen Konkordanzsystem, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26/1986, S. 273-292.

Inglehart, R.: The Silent Revolution, Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton (University Press), 1977.

Kaase, M.: Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?, in: J. Raschke (Hrsg.): Bürger und Parteien, Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen (Westdeutscher Verlag), 1982, S. 173-189.

Knoepfel, P., Linder, W.: Kommentar zur Univox-Umfrage «Umwelt» 1986, Zürich/Lausanne, 1987.

Knoepfel, P., Zimmermann, W.: Ökologisierung von Landwirtschaft, fünf Geschichten und eine Analyse, Aarau (Sauerländer), 1987 (erscheint demnächst).

Kriesi, H.: Perspektiven neuer Politik: Parteien und soziale Bewegungen, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26/1986, S. 333-350.

Lederer, K., Knoepfel, P.: Menschliche Bedürfnisse und Parteipolitik, in: J. Raschke (Hrsg.): Bürger und Parteien, Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen (Westdeutscher Verlag), 1982, S. 69-86.

Linder, W.: Editorial, in: Politische Parteien und neue Bewegung, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft (SJPW), 26/1986, S. 9-14.

Neidhart, L.: Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien, Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26/1986, S. 21-46.

Raschke, J.: Einleitung, in: J. Raschke (Hrsg.): Bürger und Parteien, Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen (Westdeutscher Verlag), 1982, S. 9-31.

von Beyme, K.: Parteien in westlichen Demokratien, München (Piper), 1982.